

Auszug aus der Stellungnahme der Bundesregierung im Rahmen des
16. Kinder- und Jugendhilfeberichts zum Thema
„Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“

Freiwilligendienste

Die Kommission empfiehlt, dass die Träger der Freiwilligendienste insbesondere darin unterstützt werden, allen jungen Menschen einen Freiwilligendienst unabhängig von Herkunfts- oder Bildungsbiografien sowie individuellen Beeinträchtigungen zu ermöglichen und bisher unterrepräsentierte Teilnehmendengruppen noch besser zu integrieren.

Bereits jetzt leisten junge Menschen mit unterschiedlichen Bildungserfahrungen, sozialen Hintergründen, Identitäten und weltanschaulichen Orientierungen einen Freiwilligendienst im Bundesfreiwilligendienst (BFD) oder in einem der Jugendfreiwilligendienste ab. Die Freiwilligendienste bieten den Engagierten die Möglichkeit, die Vielfalt der Individualität als Chance zu begreifen, tragen dem Pluralismus des Einwanderungslandes Deutschland Rechnung und sind auch offen für Menschen aus aller Welt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt über das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben die Zentralstellen, Träger und Einsatzstellen dabei, ergänzende – auch barrierefreie – Maßnahmen zu ergreifen, die eine selbstverständliche und gleichberechtigte Teilhabe aller junger Menschen an den Freiwilligendiensten ermöglichen. Für Freiwilligendienstleistende mit besonderen Förderbedarfen, bei denen die Aufnahme oder der Erfolg des Freiwilligendienstes ohne ergänzende pädagogische Begleitung gefährdet wäre, können – zusätzlich zur Regelförderung – nicht rückzahlbare Fördermittel in Höhe von maximal 100 Euro pro Person und Monat beantragt werden.

Im Sinne sozialer Inklusion und Diversität setzt sich auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dafür ein, im internationalen Freiwilligendienst „weltwärts“ Teilhabechancen für eine breite Zielgruppe zu schaffen, Zugangsbarrieren zu identifizieren und abzubauen. Gezielte Beratung und umfangreiche Fördermöglichkeiten für Mehrbedarfe von Freiwilligen mit einer Beeinträchtigung oder Behinderung werden bereitgestellt. Zentrale Elemente des internationalen Freiwilligendienstes „weltwärts“ sind internationale Lernerfahrungen und die Stärkung entwicklungspolitischen bzw. zivilgesellschaftlichen Engagements.

Die Kommission empfiehlt, die Nachfrage nach Plätzen in den Freiwilligendiensten regelmäßig zu überprüfen, damit bei weiterhin steigendem Bedarf die Kapazitäten schnell ausgebaut werden können. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt mit den Zentralstellen im BFD, im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) alljährlich sogenannte Kontingierungsgespräche, in denen u. a. auch der Einsatzstellenplatzbedarf erhoben wird. Damit hat der Bund einen guten Überblick über die Bedarfe und kann mit Blick auf die Kapazitäten der den Zentralstellen angeschlossenen Träger flexibel reagieren.

Die politische Bildung ist seit vielen Jahren zentraler Bestandteil der pädagogischen Begleitseminare im FSJ und FÖJ sowie im BFD, für deren gesetzliche Rahmenbedingungen der Bund die Verantwortung trägt. Im FSJ und FÖJ obliegen die Organisation und Ausgestaltung der pädagogischen Begleitung maßgeblich den Trägern und Zentralstellen. Dies gilt auch für die Entwicklung und Überprüfung von Qualitätskriterien und Curricula. Für

die politische Bildung im FSJ kommt der Wertepluralität bzw. Werteorientierung der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Träger insofern eine besondere Bedeutung zu, als dass sie für die Freiwilligen in den Einsatzstellen vor Ort praktisch erfahrbar ist und im Kontext der Bildungsseminare reflektiert wird. Das enge Zusammenspiel von Einsatzstellen und Trägern, formalen und informellen Lernprozessen eröffnet im FSJ die umfassende Chance, bei den Teilnehmenden das Bewusstsein für eine gesellschaftliche Mitverantwortlichkeit zu verankern.

Für den BFD ist gesetzlich geregelt, dass Freiwillige unter 27 Jahren im Rahmen der pädagogischen Begleitung ein fünftägiges Seminar zur politischen Bildung absolvieren müssen. Diese Seminare werden an den Bildungszentren des Bundes durchgeführt.